

Beschluss der Bezirksdelegiertenversammlung vom 26.4.2010

Bundeswehr raus aus Afghanistan – Bundeswehr raus den Schulen

Kaum sind die drei in Afghanistan getöteten Soldaten unter der Erde und die öffentlich von SpitzenpolitikerInnen in die Fernsehkameras vergossenen Krokodilstränen getrocknet, da verkündet der CSU-Herrenreiter von und zu Guttenberg, dass die Bundeswehr dringenden Reformbedarf habe, um für künftig zunehmende Auslandseinsätze besser vorbereitet zu sein. Wer bisher noch das Märchen von „unserer“ Sicherheit geglaubt haben sollte, die angeblich am Hindukusch verteidigt gehört, konnte sich in letzter Zeit ausreichend davon überzeugen, dass es in Afghanistan darum geht, nunmehr auch ganz offen die Bundeswehr fit für die Kriege der Gegenwart und Zukunft zu machen. Das Weißbuch zur Bundeswehr von 2006 betont das Interesse der deutschen Wirtschaft an weltweit offenen Transportwegen und funktionierenden Rohstoff- und Warenströmen, die im Zusammenhang mit der globalen Einsatzfähigkeit der deutschen Streitkräfte zu sehen sind. Schon der ehemalige Sicherheitsberater der Regierung Carter Zbigniew Brzezinski hat herausgestrichen, dass Zentralasien wegen seiner strategischen Rohstoffvorkommen die Region ist, in der im 21. Jahrhundert über die Fortdauer der bestehenden imperialistischen Weltordnung entschieden wird. Deutschland als Juniorpartner der Weltmacht USA verfolgt in dieser Region substanzielle ökonomische Interessen. So baut die Deutsche Bahn in der Mongolei eine 800 km lange Bahnstrecke nach China, die im Zusammenhang mit der Erschließung der umfangreichen Rohstoffvorkommen in Zentralasien steht. Die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von asiatischen Öl- und Gasvorkommen ist bekannt. Die westliche Dominanz in Afghanistan, an der Deutschland politisch und militärisch teilhaben will, spielt in diesem geopolitischen Kontext eine Schlüsselrolle.

Während Regierungsmitglieder unterdessen offen von „Krieg“ im Zusammenhang mit Afghanistan sprechen und weitere Aufrüstung verlangen, sind mittlerweile wenigstens zwei Drittel der Deutschen gegen diesen Einsatz. Die beharrliche Ignoranz der Regierenden gegenüber dem Willen der Bevölkerung ist eine Beschädigung der Demokratie, die nicht länger geduldet werden kann. Die propagandistischen Feigenblätter vom angeblichen Engagement für die Einführung der Demokratie in Afghanistan und der Durchsetzung der Gleichberechtigung für die Frauen dort, sind längst gefallen. Darunter kommt der immergleiche abscheuliche Irrsinn von der Größe der Nation („Deutschland als europäische Führungsmacht“ heißt es im Regierungsjargon), der man es angeblich schuldig sei, im internationalen Gewaltgeschäft mitmischen zu können, ans Tageslicht und zwar auch angesichts der Tatsache, dass sich der „neue“ Nationalismus noch teilweise mit dem Begriff des „Standorts Deutschland“ tarnt, für dessen fortdauernden Wohlstand internationale Kriegstauglichkeit hergestellt werden müsse. Weder die Größe der Nation noch die Pflege des Standortes haben jemals der Mehrheit der Bevölkerung Gutes gebracht, sondern im Innern zu Lohnverzicht, Abbau sozialer Leistungen geführt und Einschränkung demokratischer Rechte geführt.

Mit Kooperationsverträgen zwischen der Bundeswehr und Regierungen der Länder (so bsw. im Dezember 2009 in Baden-Württemberg) soll indessen die zunehmende Militarisierung von Schule und Lehrerausbildung vorangetrieben werden. So ist man in Baden-Württemberg darin übereingekommen, dass Jugendoffiziere der Bundeswehr in die Referendarausbildung zukünftiger LehrerInnen-Generationen einzubinden sind. Das ist ein Faustschlag ins Gesicht aller friedliebenden Menschen, mit dem die legitimen Ansprüche einer schulischen Erziehung zu Frieden und Toleranz verächtlich gemacht werden. In diesem Kontext ist es nur passend, dass der Präsident der Bundesagentur für Arbeit, Weise, zum Kreis der Personen gehört, die in die vom deutschen Kriegsminister gebildete BuWe-Reformkommission berufen wurden. Weise, selbst Oberst der Reserve, hat, wie schon seine Vorgänger, auch bisher schon die Tore der Arbeitsvermittlung für die Werbung der Bundeswehr geöffnet. Seine Berufung in die

Reformkommission kann nur darauf schließen lassen, dass man vorhat, im Zeichen der Krise die wachsende Perspektivlosigkeit junger Menschen auszunutzen, um Reklame für den Soldaten“beruf“ zu machen.

Wir protestieren gegen diese neuesten Fortschritte der Militarisierung von Staat und Gesellschaft und fordern

- Bundeswehr raus aus Afghanistan, und zwar sofort!
- Bundeswehr raus aus den Schulen!
- Schluss mit der militaristischen Ausnutzung von Arbeitslosigkeit durch die BA!